

Schäfer, Dorothea

Article

Schütt-aus-Hol-Zurück funktioniert nicht bei Sparkassen (und anderen Banken)

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schäfer, Dorothea (2015) : Schütt-aus-Hol-Zurück funktioniert nicht bei Sparkassen (und anderen Banken), DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 36, pp. 800

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/117355>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdi-
rektorin Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin
wieder.

Schütt-aus-Hol-Zurück funktioniert nicht bei Sparkassen (und anderen Banken)

Die Sparkassen haben sich während der Finanzkrise als stabilisierender Faktor erwiesen. Hier gibt es kein „too big to fail“-Problem. Das Geschäft der Sparkassen ist vorwiegend traditionelles Bankengeschäft, nämlich Spareinlagen herein-zunehmen und Kredite an lokale Unternehmen zu vergeben, und das „dient“ der Realwirtschaft. Die meisten Sparkassen haben ein tragfähiges Geschäftsmodell. Im Gegensatz zu den Megabanken bekommen sie auch keinen Nichtabwick-lungsbonus von den Rating-Agenturen zugestanden.

Die öffentliche Hand, meist in Gestalt von Kommunen, ist Eigentümerin und haftet. Daher soll sie auch die Verantwor-tung haben. Schließlich gehören Haftung und Verantwortung zusammen, das haben wir in der Krise gelernt. Dennoch zeigt der jüngste Streit um die Gewinnverwendung zwischen dem Vorstandsgremium der Stadtsparkasse Düsseldorf und dem Düsseldorfer Oberbürgermeister, dass der Zusam-menhang von Haftung und Verantwortung im Alltag des Sparkassengeschäfts kompliziert ist. In die gleiche Richtung weist der Streit zwischen dem Finanzministerium in Nord-rhein-Westfalen und dem dortigen Sparkassenverband um die Offenlegung von Vorstandsgehältern. Das Verhältnis von öffentlichen Trägern und Sparkassenmanagement bedarf einer grundsätzlichen Klärung.

Dabei sollte allerdings unstrittig sein, dass das Management einer Stadtsparkasse auch im Interesse ihrer Eigentümerin, der Kommune, verantwortungsvoll und nachhaltig handelt, wenn sie das Eigenkapital stärkt. Die Distanz zur Insolvenz ist nun mal umso größer, je dicker die Eigenkapitaldecke einer Bank ist. Und alle Banken, ob nun klein oder groß, haben eine umso größere Chance, nach einer Krise von selbst zur Stabilität zurückzufinden, wenn sie große Eigenkapitalpuffer aufgebaut haben. Schließlich ist nicht jede Stadt oder Landkreis zu jeder Zeit in der Lage, sofort und in ausreichender Höhe nachschießen zu können, wenn die eigene Sparkasse in Schieflage gerät und die regulatorische

Eigenkapitalhürde zu reißen droht. Ausreichende Eigenkapitalpuffer sind also im ureigenen Interesse der Stadt als Eigentümerin.

So mancher Ökonom vertritt zwar die Position, dass Unternehmen Eigenkapitalreserven ausschütten sollten, weil Eigentümerinnen und Eigentümer wohl besser als die angestellten Manager wüssten, wie die Mittel am besten zu verwenden sind. Die Finanzkrise hat allerdings eindrucksvoll vorgeführt, dass besonders bei Finanzinstituten diese Schütt-aus-Hol-zurück-Politik – Stichwort Shareholder Va-lue – in der Realität nicht funktioniert. Meist müssen dann Dritte, bevorzugt die Allgemeinheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Mittel zur Beseitigung der Eigenkapitalknappheit aufbringen. Soll das Prinzip der Zusam-mengehörigkeit von Haftung und Verantwortung also den Realitätstest bestehen können, dann muss das Leitungs-gremium einer Bank starke Kapitalpuffer aufbauen. Gerade Kommunen haben selten Kapital auf der hohen Kante und brauchen oft Zeit, um einen notwendigen Nachschuss zu organisieren. Hohe Kapitalpuffer sorgen im Krisenfall dafür, dass diese Zeit auch vorhanden ist.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite allerdings ist die Entscheidung über die übrige Gewinnverwendung. Sparkassen sind Unternehmen im öffentlichen Eigentum. Das bedeutet allerdings keinesfalls, dass es keine klar definierten Eigentums- und Kontrollrechte gäbe. Spendentätigkeit und Kulturförderung mögen im Interesse der jeweiligen Kommune sein, aber dies zu entscheiden, ist Aufgabe der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Eigentümerin und nicht die des Vorstandsgremiums der Stadtsparkasse. Der Eigentümerin höhere Ausschüttungen mit dem Argument der dann ge-fährdeten Fördertätigkeit zu verweigern, widerspricht dem Verständnis der Rechte von Unternehmenseigentümerinnen und -eigentümern hierzulande.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Dr. Johannes Geyer
Dr. Alexander Schiersch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.